

Bürgerantrag „Klimagerechte Entwicklung der Stadt Rösrath“

zur Beratung in der nächsten Sitzung des Haupt-, Personal- und Organisationsausschuss gemäß § 5 (3) der Hauptsatzung m. d. Bitte um Vorlage im nächsten Bau-, Vergabe- und Umweltausschuss.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Rösrath ...

1. begrüßt es, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Klimaschutzkonzept verabschiedet hat und unterstützt die Ziele des Integrierten Klimaschutzkonzeptes des Rheinisch-Bergischen Kreis in der Fortschreibung von 2018.
2. verweist u.a. auf die bisherigen Bemühungen bei der Gebäudesanierung, dem Fahrradverkehr und vielem mehr. Jedoch ist die Stadt Rösrath trotz der auf Stadtebene begrenzten Möglichkeiten bereit und willens, weitere Anstrengungen zu unternehmen. Der Stadtrat verpflichtet sich auf das langfristige Ziel, bis 2050 die Klimaneutralität anzustreben und erkennt an, dass die unbestreitbare Veränderung des Klimas über die bestehenden Konzepte hinaus lokal in Rösrath weitere, ernsthafte, konkrete Maßnahmen erfordert, um diese Ziele zu erreichen.
3. unterstützt die Einrichtung eines regelmäßig tagenden „Runden Tisch Klimaschutz“, bei dem konkrete Maßnahmen, die vor Ort ergriffen werden können, erarbeitet und in die Beratungen der Ratsgremien eingebracht werden. An diesem Runden Tisch sind neben Rat und Verwaltung auch interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Kinder und Jugendliche in geeigneter Form zu beteiligen. Dieser „Runde Tisch“ soll seine Arbeit nach außen hinreichend kommunizieren und so der Öffentlichkeit / den Bürgern die Gelegenheit zum eigenen Engagement bieten.
4. entwickelt (in Anlehnung an das Konzept des RBK) gemeinsam mit dem Runden Tisch einen Maßnahmenkatalog mit Zeitplan, wann und in welchem Fachbereich welche Maßnahmen/Ziele geplant und wann diese umgesetzt werden sollen. Sie soll dem Rat und der Öffentlichkeit spätestens alle 12 Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei den Bemühungen zur Umsetzung berichten.
5. bemüht sich, über die Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzbeauftragten des RBK hinaus, gemeinsam mit der Nachbarkommune Overath einen eigenen Klimaschutzbeauftragten einzubestellen – so wie dies im Rhein-Sieg-Kreis für die Kommunen Lohmar, Ruppichterath und Much erfolgt ist.
6. wird bei der Aufstellung von Bebauungsplänen regelmäßig Maßnahmen zur klimaschonenden Bebauung und Energieversorgung vorsehen. Es soll jeweils dargelegt werden, ob ressourcensparende Vorgaben für „Klimasiedlungen“ gemacht werden können und ob vermehrt der Gebäudebau mittels Holz- und Holzverbundbauweise vorgegeben werden kann. Bei zukünftigen Bebauungsplänen werden proaktiv bei der ersten Entwurfsplanung textliche und zeichnerische Festsetzungen zur Begrünung von Flachdächern, Errichtung von Photovoltaikanlagen, artenreichen Pflanzstreifen zur Gebietsabrundung und Grünflächen sowie Bäume mit eingeplant. Der Rat lehnt sogen. „Steingärten“ aus ökologischer Sicht ab und empfiehlt den Bauherren schriftlich, dass und warum Grünflächen zu bevorzugen sind.
7. betrachtet den Fußgänger-, Rad- und öffentlichen Nahverkehr als gleichberechtigt neben dem KFZ-Straßenverkehr und achtet auf eine optimierte Verträglichkeit untereinander. Dazu zählt auch die zunehmende Bedeutung von Tempo-30-Zonen in den Ortskernen bzw. in der Nähe von Schulen und Kindergärten.

8. beschließt bis Mitte 2022 einen Plan „Klimafreundliche Mobilität Rösrath 2030“, in dem städtische Maßnahmen zur weiteren Stärkung des ÖPV, des Fahrradverkehrs und der E-Mobilität sowie geforderte Maßnahmen für eine klimafreundliche Anbindung an Mittel- und Oberzentren der Umgebung dargestellt werden.
Der Ausbau der Radwegeinfrastruktur wird intensiviert. Dazu gehören neben Ladestationen für e-Bikes und Pedelecs, Bike-Boxen an jedem der drei Bahnhöfe sowie die Überarbeitung des Radverkehrskonzepts von 2015, in dem einige Bereiche (siehe z.B. Blatt 1 Lehm bach) wegen ihrer Unzulänglichkeit bzw. Gefährdungslage so nicht umsetzbar sind. Der Ausbau des Agger-Sülz-Radweges im Abschnitt Lehm bach-Untereschbach wird forciert voran getrieben.
9. beauftragt die Stadtwerke Rösrath - bisher bereits Vorreiter in der Versorgung mit regenerativer Energie - bis zum 01.10.2020 ein eigenes Konzept vorzulegen, um zur CO²-Minimierung beizutragen und darzulegen, mit welchen Maßnahmen jeweils bis 2030 und bis 2050 Schritte auf dem Weg zur Klimaneutralität vorgesehen werden können.
10. wird aufgefordert, weitere Anstrengungen zum Schutz vor Starkregen und Hochwasser zum Zwecke der Klimaanpassung vorzusehen und zusammen mit dem Aggerverband auf existierende und perspektivisch mögliche Schwachstellen zu untersuchen und dem Stadtrat bis spätestens Mitte 2021 eine Prioritätenliste zur Beseitigung solcher Schwachstellen vorzulegen.
11. bemüht sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten intensiv um eine Reduktion der vom Flughafen Köln-Bonn ausgehenden Emissionen hinsichtlich Lärm, CO₂ und Feinstaub. Die alte „Kirchturmpolitik“ von regional veränderten Abflugrouten muss ersetzt werden durch ein gemeinsames, effektives Arbeiten in der Fluglärmkommission mit intensiver Information der Bürger auf den Internetseiten der Stadt.
12. setzt sich für zeitnahe Wiederaufforstung ein und achtet darauf, dass Abholzungen von Waldbeständen auch im Innenbereich zugunsten von Bebauung sorgsam überprüft werden sowie Missbrauch mit den Argumenten „Verkehrssicherungspflicht“ oder „Schädlingsbefall“ vermieden wird. Ein weiterer Landschaftsverbrauch, die Umwidmung von Wald-, Wiesen-, Naturschutz- und Überschwemmungsflächen zu Wohnbau- oder Gewerbegebieten wird abgelehnt.
Das in der Satzung vom 12.10. 2010 enthaltene „Baumkataster“ (betr. 16 städtische und 37 private Bäume) kann seinem Anspruch der Erhaltung oder Verbesserung des Stadtklimas (§1) aus heutiger Sicht kaum gerecht werden und muss neu bewertet werden.

Hintergrund/Begründung:

Am 09.10.2019 hat die Bundesregierung ein Klimaschutzpaket verabschiedet, das allerdings von zahlreichen Fachleuten, Wissenschaftlern und Umweltschutzverbänden heftig kritisiert wird, da die beschlossenen Maßnahmen allgemein als zu kurz greifend und nicht hinreichend betrachtet werden.

Im Rheinisch-Bergischen Kreis gibt es seit 2013 ein Integriertes Klimaschutzkonzept (Fortschreibung 2018); zudem hat der Rheinisch-Bergische Kreis zur Koordination der Konzeptumsetzung einen Klimaschutzmanager eingestellt. Im Jahr 2018 wurde das Integrierte Klimaschutzkonzept durch die B.A.U.M. Consult GmbH auf Grundlage von neuen Potenzialstudien und Daten fortgeschrieben.

Darin steht:

“Der Rheinisch-Bergische Kreis hat sich eine Minderung der Gesamt-CO₂-Emissionen um 58 % bis zum Jahr 2030 zum Ziel gesetzt. Die Teilziele in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr des Konzeptes sind sehr ambitioniert, durch das Fachbüro aber als technisch und wirtschaftlich realisierbare Potenziale ermittelt worden. Es gilt weiterhin, die im Integrierten Klimaschutzkonzept empfohlenen Maßnahmen schrittweise und konsequent zu realisieren. Eine erfolgreiche Maßnahmenumsetzung kann nur mit Rückendeckung und unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises, der zahlreichen regionalen Akteure und in enger Abstimmung mit den politischen Gremien des Kreises, den Kommunen sowie Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gelingen.“

Die Stadt Rösrath hat in der Stadtratssitzung vom 7.10.2019 eine mündliche Anfrage des Ratsmitgliedes von Niessen zum Thema Klimaschutz ausführlich beantwortet. (siehe Drucksache 992/2019 vom 18.9.2019)

Diese Antwort bezieht sich auf die Frage nach den Maßnahmen, die in den eigenen Liegenschaften der Stadt Rösrath bisher beschlossen bzw. umgesetzt wurden und was die Verwaltung der Stadt Rösrath in Zukunft plant, um den Rheinisch-Bergischen Kreis bei dessen Ziel, die Treibhausemissionen um 58% bis 2030 zu reduzieren, zu unterstützen.

Die in der Antwort aufgeführten Maßnahmen beinhalten allerdings keine durchgehende Systematik bzw. ein Konzept, wie künftig das gen. Ziel zur Eindämmung der Emissionen angegangen werden soll und wie zu formulierende, konkrete Ziele mit allen Akteuren (incl. Bürger und Vereinen) kommuniziert und überprüft werden sollen.

Die Stadt Overath hat in seiner letzten Ratssitzung vom 9.10.2019 nach Anträgen der drei großen Parteien zum Thema Klimanotstand eine gemeinsame Beschlussvorlage verabschiedet, in der u.a. folgendes geregelt ist:

- es wird ein regelmäßig tagender „Runder Tisch Klimaschutz“ gegründet, in dem konkrete Maßnahmen, die vor Ort ergriffen werden können, erarbeitet und in die Beratungen der Ratsgremien gegeben werden. An diesem Runden Tisch sind neben Rat und Verwaltung auch interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Kinder und Jugendliche in geeigneter Form zu beteiligen.
- dem Rat und der Öffentlichkeit soll alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht erstattet werden.

In weiteren benachbarten Kommunen wurden inzwischen vergleichbare Anträge zum Klimaschutz erarbeitet und entsprechende Rats-Beschlüsse gefasst.

Klaus Weile

Dr. Heinrich Mersmann

Verein Lebenswertes Sülztal e.V.